

Schweiz

Es fehlen Steuer-Polizisten

Bürgerliche Parlamentarier blockierten einen Antrag auf intensivere Verfolgung von inländischen Steuersündern.

Andreas Valda

Die Finanzkommission des Nationalrates wollte in Ruhe das Budget des Bundes für das nächste Jahr beraten. Die Eintretensdebatte der an sich trockenen Materie wurde durch einen unerwarteten Angriff vonseiten der SP unterbrochen. Sie fragte: Wie viel Steuern entgehen dem Bund wegen Steuerhinterziehung und -betrug von Schweizer Steuerpflichtigen im In- und Ausland?

«Eine Finanzplanung kann weder im Bund noch in den Kantonen seriös gemacht werden, solange der Umfang des mutmasslichen Steuerausfalls nicht geklärt ist und geahndet wird», begründet Margret Kiener Nellen, Berner SP-Nationalrätin und Kommissionsmitglied, dies auf Anfrage. Sie verlangte eine sogenannte Kommissionsmotion. Der Bundesrat sollte klären, wie der Betrug und die Hinterziehung von Steuern effizient verfolgt werden könnten. Ein Fünfpunkteplan stand zur Debatte:

● **Personal:** Die eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) soll Personal aufstocken, damit die Steuerverwaltung Steuerbetrug und Steuerhinterziehung wirksamer verfolgen kann, besonders in Risiko- und Verdachtsfällen.

● **Fälle:** Die ESTV soll in Zusammenarbeit mit den Kantonen die nötigen Untersuchungen und Strafverfahren einleiten.

● **Im Ausland:** Die ESTV soll vermehrt auch möglichen Steuerbetrugsfällen in Ländern nachgehen, mit denen die Schweiz ein Doppelbesteuerungsabkommen vereinbart hat.

● **Rechtshilfe:** Die Schweiz soll vermehrt Steuerinformationsabkommen (sogenannte TIEA) mit Offshore-Finanzplätzen abschliessen. TIEA sind die kleinere Variante von Doppelbesteuerungsabkommen.

● **Schätzung:** Das Finanzdepartement von Bundesrätin Evelyne Widmer-Schlumpf soll eine Schätzung der jährlich entgangenen Vermögens- und Einkommenssteuern bei Bund, Kantonen und Gemeinden erstellen. Die gleiche Forderung gilt in Bezug auf die Mehrwertsteuer.

Schweiz verhandelt mit Steueroasen

Die Schweiz will mehr Klarheit über versteckte Gelder von Schweizer Steuerpflichtigen in Steueroasen. Dazu zählen etwa die Cayman Islands, die Bahamas und die Kanalinseln Guernsey und Jersey. Dies bestätigte der Bundesrat in der Beantwortung eines Vorstosses des Parlaments Ende August: Er habe das Finanzdepartement beauftragt, mit solchen Staaten «die Amtshilfe in Steuersachen in einem Steuerinformationsabkommen zu regeln».

Ein solches Abkommen zum Informationsaustausch in Steuersachen, TIEA genannt,

Kiener Nellen schätzt die entgangenen Steuern aufgrund von Steuerhinterziehung von Schweizer Steuerpflichtigen auf 18 Milliarden Franken jährlich bei Bund, Kantonen und Gemeinden. Nach einem Schlagabtausch zwischen Bürgerlichen und Linken wurde der Antrag mit 15 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Dagegen waren die FDP, SVP und CVP, dafür die SP und die Grünen. «Es war eine merkwürdige Diskussion. Die Bürgerlichen blockierten jede Klärung dieser wichtigen Fragen», sagte Kommissionsmitglied Daniel Vischer.

Fast keine Schweizer Gesuche

Die Fragen sind brisant im Kontext der Amts- und Rechtshilfegesuche der USA,

Deutschlands und Frankreichs. Die Schweiz leiste mit einem «riesigen personellen Aufwand Amtshilfe in Tausenden von Fällen für ausländische Staaten», sagte Kiener Nellen. «Aber für die Verfolgung solcher Fälle von inländischen Steuerbetrügern tut sie praktisch nichts.» Dem widerspricht das Finanzdepartement. Es verweist auf den Bundesratsbericht vom 22. Februar. Darin heisst es, das «bestehende Dispositiv zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -betrug» sei «weit ausgebaut».

Die Steuerverwaltung bestätigt dagegen die personelle Unterbesetzung der Rechts- und Amtshilfe: «Die ESTV benötigt künftig mehr Personal, um sämtliche Amtshilfegesuche fristgerecht behandeln zu können.» Die Zahl der von der Schweiz gestellten Amtshilfegesuche ins Ausland wegen Verdachts auf Steuerbetrug ist klein: 2010 gab es keines, 2011 eines und 2012 zwei. Dies bestätigte die ESTV. Dies betrifft nur den Betrug, nicht aber die Hinterziehung.

Selbst die Ratsrechte sucht jetzt eine Lösung. Kommissionspräsident Pirmin Schwander: «Für das Ausland haben wir die Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und -betrug aufgehoben. Zwei Systeme nebeneinander zu haben, ist auf die Dauer unschön. Die Frage muss grundsätzlich geklärt werden.»

wird geschlossen, um bei Verdacht auf Betrug und Hinterziehung von Steuern Amtshilfe einleiten zu können. Mit welchen Oasen die Schweiz Verhandlungen führt, bleibt geheim. Der «Bund» weiss aus gut informierter Quelle, dass die Schweiz Verhandlungen über ein Steuerinformationsabkommen mit den Kanalinseln führt. Dies ist ein Erfolg für die SP-Nationalrätin Margret Kiener Nellen. Sie hatte sich 2011 erfolglos für solche Abkommen eingesetzt. In der zuständigen Kommission kämpft sie für mehr Transparenz in Steuersachen. (val)